

Ressort: Gesundheit

Sozialrechtsexpertin: Gröhes Präventionsgesetz verfassungswidrig

Wiesbaden, 20.04.2015, 17:00 Uhr

GDN - Die Sozialrechtsprofessorin und Regierungsberaterin Astrid Wallrabenstein hält wesentliche Passagen des Entwurfs für ein neues Präventionsgesetz von Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) für verfassungswidrig. Dabei geht es vor allem um die Finanzierung der dem Bundesgesundheitsminister unterstellten Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung durch die Krankenkassen.

Das sei "ein Dammbbruch", sagte die Frankfurter Rechtsprofessorin der F.A.Z. (Dienstagsausgabe). "Der Bund greift damit auf Krankenversicherungsbeiträge der Versicherten zu", sagte sie. Das aber stehe im Widerspruch zum Artikel 87 des Grundgesetzes. Darin sei sichergestellt, dass die Sozialversicherung ihre Aufgaben eigenverantwortlich erledige. Dazu gehöre auch ihre Finanzhoheit. Hinzu komme, dass die vom Bund geplanten Zusatzausgaben der Krankenkassen allein von den Versicherten zu zahlen seien. Denn da der Arbeitgeberbeitrag gesetzlich festgeschrieben sei, würden diese Zusatzausgaben nur aus dem Zusatzbeitrag der Versicherten finanziert. Die Kritik wird auch von Kassen, Arbeitgebern und anderen Verbänden geteilt. Der Gesundheitsausschuss des Bundestages berät diesen Mittwoch über das Gesetz, mit dem die Kassen unter anderem verpflichtet werden sollen, ihre Ausgaben für die Gesundheitsvorsorge auf 500 Millionen Euro mehr als zu verdoppeln. Das Geld soll vor allem in Projekte zur Gesundheitsvorsorge in Kitas, Schulen und Betrieben fließen. Die Professorin an der Goethe-Universität wirft Gröhe ferner Kompetenzüberschreitung vor. Der Bund habe laut Grundgesetz keine Kompetenz für die Prävention, die liege bei den Ländern. Um dennoch aktiv zu werden, wende der Gesundheitsminister einen "Trick" an. "Der Bund benutzt die Kompetenz für die Sozialversicherung, trägt den Krankenkassen Präventionsaufgaben auf und leitet sie im gleichen Atemzug auf die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, eine Bundesbehörde, über", sagte Wallrabenstein. Wenn man daraus ein Prinzip mache, könne der Bund sich für "alles und jedes die Kompetenz sichern". Wallrabenstein gehört diversen Beratungsgremien der Bundesregierung an und ist Richterin am Hessischen Landessozialgericht.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-53236/sozialrechtsexpertin-groehes-praeventionsgesetz-verfassungswidrig.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619